

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 3,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Stadtbeilage“, „Frauenstimme“, „Der Arbeiterfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Leserbriefe“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die ständige Korporelle: 80 Pfennig. Reklamestelle: 2 Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig (zweifache und fertige Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenbeilage das erste Wort 16 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt 50 Pfennig Familienanzeigen für Abonnentenzeit 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro: Lindenstr. 3 wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polizeikonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Bürgerblockangst vor dem Reichstag. Er wollte den Reichstagsbeginn hinausschieben!

Gegen den Widerstand der Sozialdemokratie hatte der Bürgerblock im Oktober beschlossen, daß der Reichstag erst am 22. November zusammenzutreten sollte. Er wollte damit die glatte Erledigung des Reichsschulgesetzes und der Vorlage über die Beamtenbeförderung sichern. Die Einladungen für die Sitzung am 22. November sollten heute zum Versand kommen, als plötzlich der deutschnationale Graf Westarp eine weitere Vertagung des Reichstags bis zum 29. November verlangte, da der Bürgerblock bisher mit seinen internen Beratungen über Beförderungsvorlage und Reichsschulgesetz nicht fertig geworden sei. Infolge dessen fand heute mittag um 1 Uhr eine Sitzung des Vorkommensausschusses statt.

Präsident Löbe gab von der Anrufung des Grafen Westarp Kenntnis, wies aber zugleich darauf hin, daß es den Reichstag an wichtigem Beratungsmaterial nicht fehle. Unter anderem sei zu beraten der deutsch-französische Handelsvertrag, die Vorlage über den endgültigen Reichswirtschaftsvertrag, das Branntweinmonopolegesetz, des Strafpolizeigesetzes, des Vereinsgesetzes und der Bericht über die Ruhrentschädigung. Man müsse auch daran denken,

den Eindruck in der Öffentlichkeit zu vermeiden, als ob der Reichstag überhaupt nicht mehr zur Beratung komme.

Die Redner der Regierungsparteien, Graf Westarp (Dnt.), Guérard (Ztr.) und Scholz (D. Sp.), begründeten das Verlangen nach weiterer Vertagung mit der Notwendigkeit, den Ausschüssen Zeit zu ruhiger Arbeit zu lassen.

Demgegenüber wies Genosse Dr. Breitscheid darauf hin, daß dieser Gesichtspunkt nicht entscheidend sein könne.

Rehnlisch argumentierte Abg. Torgler (Komm.). Abg. Leicht (Bayer. Sp.) machte angesichts des Widerstandes der Sozialdemokraten und der Kommunisten den Vorschlag, am 22. November als den Beginn der Reichstagsarbeit festzuhalten. Graf Westarp zog daraufhin seinen Vorschlag zurück.

Die Angst des Bürgerblocks vor dem Reichstag wächst im selben Verhältnis wie seine Angst vor den kommenden Wahlen. Die politische Stellung des Bürgerblocks ist auf das schwerste erschüttert, innere Unsicherheit und schlechtes Gewissen lassen ihn die Auseinandersetzung im Reichstag scheuen.

Auf die Frage: „wo ist euer Mandat vom Volke“ hat der Bürgerblock keine Antwort!

Greifen Sie zu, Herr Reparationsagent! Eine Denunziation der Deutschnationalen.

Reparationsagent Parker Gilbert hat dem Bürgerblockkabinett über Sparanleihe in der Finanzpolitik eine empfindliche Vorlesung gehalten. Die Deutschnationalen haben sie geschluckt wie alles, was sie früher einmal als landesverräterisch und ehrenrührig verschrien haben.

Die „Kreuz-Zeitung“ bringt es sogar fertig, den blamablen Umfall durch eine Denunziation zu krönen, die an Niedrigkeit ihresgleichen sucht. Sie hehlt den Reparationsagenten auf den Sozialetat des Reichshaushalts! Nach längeren Ausführungen an leitender Stelle heißt es da in auffälligem Druck:

Deutschland hat also seinen Sozialetat von 1261 Millionen Mark, die in einer Zeit wirtschaftlicher Blüte und staatlicher Unabhängigkeit ausgegeben wurden, auf rund 4 1/2 Milliarden Mark gesteigert, welche im wesentlichen von der deutschen Wirtschaft aufzubringen sind zu einer Zeit, in der diese letztere außer mit diesen Ausgaben auch noch mit den Reparationsleistungen für unsere Kriegsgegner belastet ist.

Sie wollen die deutsche Wirtschaft für Reparationsleistungen frei machen? Greifen Sie zu, Herr Reparationsagent, das offizielle Organ der deutschnationalen Regierungspartei gibt Ihnen die richtige Fährte: Die Großen, die für den Schutz der Arbeiter und der Arbeitskraft angeht sind, stehen Ihnen zur Verfügung! Des Dankes der Deutschen nationalen Volkspartei sind Sie gewiß!

Zusammentritt des Reparationsausschusses.

Der neugebildete Reparationsausschuss tritt morgen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Köhler zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Dampferkatastrophe in Vorderindien. Küstendampfer gesunken. — 135 Personen ertrunken.

Wie Reuters meldet, soll der Küstendampfer „Tukara“ bei einem Sturm, ungefähr 100 Kilometer von Bombay, gesunken sein. 135 Personen sollen ertrunken sein; nur sieben Mann hätten sich gerettet.

Der Mieterschutz in Gefahr!

Der Besitzbürgerblock will Länder und Opposition vergewaltigen. — Erfolgreiche sozialdemokratische Abwehr.

Im Wohnungsausschuh des Reichstags, der seit einer Woche die Vorlage der Reichsregierung über den Abbau des Mieterschutzes berät, ist am Dienstag vormittag ein Konflikt ausgebrochen. Er läßt die gespannte Situation erkennen und die Schwere der Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie, der Freundin des Mieterschutzes, und dem Reichsblock, dem Feind des Mieterschutzes.

Der Anlaß ist folgender: Die Vorlage der Reichsregierung ist bereits im Reichsrat auf entschiedenen Widerstand der Länder gestoßen.

Sie halten den Abbau des Mieterschutzes für verfrüht und bekämpfen ihn. In den bisherigen Verhandlungen des Ausschusses aber hatten die Ländervertreter keine Möglichkeit, sich zu äußern, um ihren ablehnenden Standpunkt zu begründen. Sie wollten das in den nächsten Tagen tun. Außerdem war von dem Reichsjustizminister Dr. Hergt in der vergangenen Woche auf Verlangen der Sozialdemokraten ausführliches Material in Aussicht gestellt worden, aus dem die Wirkungen des Abbaues des Mieterschutzes vom Jahre 1926 zu ersehen sind. Aber auch dieses Versprechen will die Reichsregierung anscheinend nicht erfüllen, das Material ist bisher nicht vorgelegt worden.

Aus beiden Gründen beantragten die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses Vertagung der Beratung über den § 1 des Gesetzesentwurfs um einen einzigen Tag. Lediglich sachliche Gründe letzteren sie dabei, wie von allen Seiten anerkannt werden mußte.

Trotzdem lehnte die Mehrheit diesen Antrag entgegen allen parlamentarischen Gepflogenheiten ab.

dieselbe Mehrheit, die eine ganze Woche mit dem Reden gegen die Sozialdemokratie ausgefüllt hatte. Selbst das selbstverständliche Verlangen, diese Ablehnung des sozialdemokratischen Vertagungsantrages in das amtliche Protokoll aufzunehmen, wurde von der Mehrheit niedergestimmt! Erst auf den erregten Pro-

test der Sozialdemokraten wurden dann die Verhandlungen um eine halbe Stunde ausgesetzt. Nach Wiederbeginn der Sitzung gaben die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratischen Mitglieder des Wohnungsausschusses haben in der heutigen Vormittagsitzung die Aussetzung der Beratungen verlangt, weil in den bisherigen Verhandlungen weder die Länderregierungen ihren ablehnenden Standpunkt zu der Vorlage der Reichsregierung darlegen konnten, noch daß von der Reichsregierung für die jetzigen Verhandlungen versprochene außerordentlich wichtige Material über die Auswirkungen der Voderung des Mieterschutzes von 1926 vorgelegt worden ist.“

Obwohl dieses Verlangen noch von zwei weiteren Parteien und dem Vorsitzenden des Ausschusses unterstützt worden ist, hat die Mehrheit entgegen allen parlamentarischen Gepflogenheiten die Aussetzung der Verhandlungen um einen Tag brutal abgelehnt. Sie hat also eine sachliche Beratung der weittragenden Folgen der Voderung des Mieterschutzes zu erschweren versucht und will sowohl den Vertretern der Länder als auch den Vertretern der mieterfreundlichen Parteien die Vertretung ihres Standpunktes unmöglich machen.

Gegen dieses Verhalten erhebt die sozialdemokratische Fraktion den schärfsten Einspruch. Sie wird mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln dafür zu sorgen wissen, daß die Interessen der Mieter gegenüber dem Besitzbürgerblock gewahrt werden.“

Die Sozialdemokraten beantragten gleichzeitig wieder den Abbruch der Verhandlungen und die Vertagung der Sitzung bis zum Donnerstag, den 17. November.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der die Vertreter des Besitzbürgerblocks sich gegen die schweren sozialdemokratischen Anklagen zu verteidigen suchten, gaben sie schließlich klein bei und stimmten der Vertagung zu.

Trotki-Sinowjew ausgeschloffen.

Noch vor dem Parteitag. — Der Sowjetgegnerschaft beschuldigt.

Moskau, 15. November.

Heute wurde ein Beschluß der Zentralkontrollkommission und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion veröffentlicht, wonach Kamenev, Radowski, Smilga, Jewdokimow und Andejew aus dem Zentralkomitee und Muralow, Bakajew, Schlowski, Peterson, Solowjew und Bisdin aus der Zentralkontrollkommission ausgeschlossen werden. Ferner werden die Genannten von leitenden Posten in der Partei und in den Sowjetorganen entfernt und gleichzeitig ebenso wie Kadel, gewarnt, daß die Frage der Vereinbarkeit ihrer fraktionellen Tätigkeit mit ihrem weiteren Verbleiben in den Reihen der Partei dem 15. Parteikongress zur Prüfung unterbreitet werden wird.

Trotki und Sinowjew werden dem Beschluß gemäß aus der Partei ausgeschlossen als Hauptführer der gesamten parteifeindlichen Tätigkeit, die offensichtlich in sowjetfeindliche Tätigkeit übergehe und die Diktatur des Proletariats untergrabe.

Der Beschluß weist daraufhin, daß Trotki und Sinowjew die ihnen gestellte entscheidende Forderung, unverzüglich die Organisation illegaler parteifeindlicher Versammlungen einzustellen und die Verlegung innerparteilicher Diskussion nach außerhalb der Partei aufzugeben, mit demonstrativem Verlassen der Sitzung des Präsidiums der Zentralkontrollkommission beantwortet und nach einigen Stunden eine schriftliche Antwort vom 11. November gesandt hätten, in der dem Wesen nach diese Forderung abgelehnt wurde.

Ferner betont der Beschluß, daß, obwohl den Oppositionsführern in der vor dem Zusammentritt des Kongresses eröffneten Diskussion die volle Möglichkeit geboten war, sowohl in der Presse als auch innerhalb der Parteiorganisation ihre Anschauungen zu verfechten, weder Trotki noch Sinowjew es für nötig erachteten, hervorzutreten, sondern fortwährend, illegale Versammlungen ohne Teilnahme von Vertretern der Partei zu veranstalten, sowie in öffentlichen Versammlungen Reden gegen die kommunistische Partei der Sowjetunion und gegen die Sowjetmacht zu halten.

Der Beschluß führt eine Reihe von Tatsachen über die parteifeindliche Tätigkeit der Opposition an und erinnert u. a. daran, daß am zehnten Jahrestage der Oktoberrevolution die Oppositionsführer,

anstatt auf die gemeinsame Tribüne am Leninmausoleum zu kommen, um die Demonstranten zu begrüßen, versuchen, Streifenkundgebungen gegen die Partei zu organisieren. Ferner hätten sie parteifeindliche Flugblätter ausgestreut und ausgehängen, an der Partei und der Sowjetmacht fremd gegenüberstehende Elemente appelliert, Räumlichkeiten besetzt, wobei sie den Sowjetkommandanten ablösten und eine bewaffnete Wache aufstellten, wodurch sie den Rahmen der Rechtsnormen der Sowjets überschritten hätten und offen zum Spruchwort eines Regimes von der proletarischen Diktatur feindlich gegenüberstehenden Kräften geworden seien.

Militärwerbung durch die Zeitung.

Bolivien sucht deutsche und findet Danziger Offiziere

Paris, 15. November. (Eigendericht.)

Das „Journal“ entrüstet sich leidenschaftlich über die angebliche Entsendung einer deutschen Militärmission nach Bolivien. Es sei schändlich, wie Deutschland selbst klare Bestimmungen des Versailler Vertrages ungehe. Es sei aber nicht minder schändlich, daß es dazu die Mitwirkung Boliviens gefunden habe, das doch zu den alliierten und assoziierten Mächten des jünglichen Krieges gehöre. Schon früher hätte es deutsche Offiziere in der südamerikanischen Republik gegeben. Diesmal liege der Fall ganz besonders schwer. Es handle sich um eine amtliche Militärmission, die aus einem Oberstleutnant, zwei Majoren, vier Hauptleuten und acht Unteroffizieren bestehe. Deutschland rede sich damit heraus, daß die Mitglieder dieser Militärmission nicht mehr deutsche, sondern Danziger Bürger seien.

Bereits vor dem Weltkriege hatte die südamerikanische Großmacht Bolivien mit ihren 2 1/2 Millionen Einwohnern deutsche Inspektoren für ihre Armee; sogar ein preussischer General war drüben gewesen. Nach dem Weltkrieg entstanden große Auseinandersetzungen, ob man für das Heer von zweihunderttausend Mann wieder deutsche oder, entsprechend der Beteiligung auf der Seite der Alliierten, jetzt französische Offiziere anwerben solle. Nach einem erbitterten Ringen siegte die deutsch-

freundliche Richtung; die triepertischen Tugenden des deutschen Offizierskorps behielten trotz Deutschlands militärischer Niederlage die Vorhand. Botsniens Kriegsmilitär entsandte also einen hohen Offizier nach Europa, um die Vereinbarungen über eine deutsche Militärmission abzuschließen. Nun entdeckte man aber, daß Deutschland durch den Verfall der Verträge unterjocht war, Militärmissionen nämlich ins Ausland zu senden. Es kam also nur die Umwerbung von ehemaligen deutschen Militärs als Privatpersonen in Frage. Aber auch das wußte die französische Partei zu hinterstreifen. Wenn schon deutsche, dann sollten es wenigstens keine Reichsdeutschen sein. Botsnien fragte also beim Völkerverbund an, ob Danziger Staatsbürger nach Botsnien gehen dürften; Genf stellte daraufhin fest, daß die bestehenden Verträge dem nicht entgegenstünden. Darauf fuhr der botsnische Oberstleutnant nach Danzig, erließ in den Zeitungen Anzeigen, und warb auf diesem Wege ehemalige deutsche Offiziere und Unteroffiziere als Drillmeister für das botsnische Heer.

Das ist die Geschichte von dem Betrate Botsniens an der gemeinsamen Sache der Alliierten. Wir begreifen den Schmerz der Pariser Heßblätter.

Es steht noch dahin, ob etwa Reichsdeutsche sich haben in Danzig einbürgern lassen, um nach Botsnien zu gehen. Sollte das der Fall sein, dann läge eine Schleppe vor, die die Grenze des Erlaubten überschreitet. In diesem Falle wäre es die Pflicht des Auswärtigen Amtes und des Reichswaffenministeriums gewesen, hieron abzurufen. Aber die bolschewistische deutsche Partei wird wohl genügend gerissen gewesen sein, um deutsche Dienststellen überhaupt zu umgehen. Die Pariser nationale Hege jedenfalls fällt ins Wasser. Lieber wäre es uns aber gewesen, wenn Botsnien an Stelle von Drillmeistern für sein Heer Arbeiter, Bauern und Techniker zur Hebung seiner Bodenschätze aus Deutschland angeworben hätte.

Deutschnationales Geständnis.

Sie wollen Gesetze gegen den Volkswillen machen.

Die deutschnationale Presse sieht mit täglich wachsender Furcht den kommenden Wahlen und der deutschnationalen Niederlage entgegen. Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwört deshalb den Bürgerblock, sich mit seiner Gesetzgebungsarbeit zu beeilen:

„Eine gewisse Gefahr, daß auch die Koalitionsparteien im Reich sich mehr und mehr auf baldige Neuwahlen einstellen, und daß die sachliche Behandlung der großen parlamentarischen Aufgaben darunter Schaden leidet, ist somit gegeben. Tatsächlich hat der Zwang zum Schaffen kaum jemals stärker als jetzt vor dem Reichstage gestanden. Das Schulgesetz, auf das die christliche Elternschaft in Deutschland nun schon länger als acht Jahre wartet, muß endlich geschaffen werden und muß in diesem Reichstage seine Erledigung finden, wenn die Sicherung der christlichen Schulerziehung nicht wieder in ungewisse Fernen hinausgeschoben werden soll.“

Das heißt: dieser Reichstag wird vielleicht das reaktionäre Reubellische Schulgesetz beschließen — der kommende Reichstag wird es verwerfen. Darin liegt das Zugeständnis, daß

1. dieser Reichstag nicht mehr das Mandat des Volkes besitzt;
2. das Reubellische Schulgesetz dem Willen des Volkes widerspricht;
3. der Bürgerblock das reaktionäre Schulgesetz gegen den klar erkannten Willen des Volkes verabschieden will.

Es ist das Geständnis und demokratischer, reaktionärer und volksfeindlicher Politikk.

Krankenversicherung der Seelente. Wie amtlich mitgeteilt wird, erteile das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seelente seine Zustimmung. Der Entwurf wird nunmehr dem Reichsrat zugeleitet werden.

Die Aufgaben der Chemie.

Schaffung von Nahrungsmitteln. Verlängerung der menschlichen Lebensdauer. Das Atom als Planetensystem.

Auf der Stuttgarter Hauptversammlung der Ratgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft sprach Professor Dr. K. Willstätter über die Aufgaben der Chemie und führte nach einem geschichtlichen Rückblick u. a. aus: Die Chemie der Kohlenstoffverbindungen hat ihre ersten großen Aufgaben in der Klasse von Naturprodukten gefunden, aus denen sich die pflanzliche und tierische Welt hauptsächlich aufbaut. In der Natur herrscht die Fettsäure vor, für die aromatische Reihe ist der Steinkohlenteer die ergiebigste Quelle. Nachdem im halben Jahrhundert die chemische Verfeinerung hauptsächlich die Benzolverbindungen behandelt hat, erzeugt seit kurzem die Synthese wertvolle Stoffe der Fettsäure aus Acetylen, aus Acetol, aus Acetonol.

Ein Hauptziel der vor 100 Jahren von Wöhler begründeten chemischen Synthese ist die Schaffung von Nahrungsmitteln. Von den dafür möglichen Wegen ist allein erfolgreich die Förderung der Landwirtschaft durch künstlichen Dünger, die Viehzucht angeregt, haben durch seine Ammoniaksynthese ermöglicht und Woch durch die Konstruktion großer Fabriken verwirklicht hat. Eine beachtenswerte künftige Möglichkeit ist die Fabrikation von Futtermittel durch Pilzzucht mit Hilfe von Ammoniak und billigen Kohlenhydraten. Außer durch die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit greift die synthetische Chemie in die Weltwirtschaft ein durch die Umformung der Kohle in Kohlenwasserstoffe (Benzin), wodurch sich Deutschland von der Einfuhr des Petroleums unabhängig machen wird. Die Benzine können das Material bilden, aus dem künstlicher Kautschuk im Maßstab der Großindustrie hervorgehen wird.

Seit der Erfindung des Schießpulvers hat die Chemie die Mittel für die Kriegsführung geliefert. Im Weltkrieg sind neben die älteren Arten von Munition die neueren chemischen Waffen Gase und Reizstoffe getreten. Die Sachverständigen des Völkerbundes halten die chemischen Kriegsmittel für die schonendsten, die humansten. (???) Sie sind allerdings von gewaltiger Wirksamkeit. Darum ist die Hoffnung berechtigt, daß die Chemie durch die Schaffung solcher Kampfmittel dem Frieden der Völker die größte Unterstützung geleistet hat.

Die organische Chemie arbeitet heute an den Verbindungen von komplexerem Bau. Die Aufgaben unserer Zeit sind die lebenswichtigen, wenn auch nur in kleinsten Mengen vorkommenden Hilfsstoffe des Körpers: Fermente, Hormone, Vitamine. Durch Auffindung der Drüsenprodukte Adrenalin, Thyroxin und Insulin und der anticholischen und aminocyclischen Vitamine liefert die physikalische Chemie der Medizin die Mittel, Krankheiten zu heilen. Die neuen synthetischen Arzneistoffe sind nicht mehr Zusatzbestandteile. Die Chemotherapie von Eitrich hat geleistet, istematisch Heilmittel aufzufinden, die gegen parasitäre Mikroorganismen spezifisch wirken. Salsolan war Vorbild für die neuen Chemotherapeutika des Plasmodium, das Malariaerregend, und Germanin, das Mittel gegen Tröpfen, das bisher unehmohbare Bänder zu fälschlicheren ermöglichen soll. Die medizinisch-chemische Forschung

Freispruch des Carol-Freundes.

Diktatorgesetz von der Mehrheit mißbilligt.

Bukarest, 15. November. (Eigenbericht.)

Die rumänische Kammer hat das von Bratiana eingebrachte Staatsstreichgesetz mit 107 gegen 1 Stimme angenommen. Der größte Teil der Abgeordneten enthielt sich der Stimme oder fehlte.

Das Kriegsgericht hat nach vierstündiger Beratung den Freund Carols, den früheren Unterstaatssekretär Manulescu freigesprochen. Alle auf Landesverrat gestellten Schuldfragen wurden verneint.

Sparbarkeit in den Ministerien!

Der Haushaltsausschuß verlangt einstimmig neue Regierungsvorschläge.

In der Dienstagssitzung des Reichshaushaltsausschusses wurde die Debatte über das System der Ministerialzulagen fortgesetzt. Genosse Steinkopf erklärte, das System in seiner jetzigen Form für gänzlich unhaltbar und verlangte, bevor er sich im einzelnen äußere, von der Regierung genauere Angaben, wie die Ministerialzulagen zurzeit geregelt seien.

Ministerialdirektor Dr. Colholz antwortete, daß die Ministerialzulagen nur an Beamte in obersten Reichsbehörden gezahlt werden. Dies seien alle Reichsministerien, der Reichsfinanzhof, der Rechnungshof und das Reichsgericht. Die Ministerialzulagen betragen in der bisherigen Gruppe 1—4 20 M., in Gruppe 5—6 30 M., in Gruppe 7 40 M., in Gruppe 8—9 60 M., in Gruppe 10—11 (mit Ausschluß der Referenten) 70 M., der Gruppen 11—12 85 M., der Gruppe 13 mit einschließlich Staatssekretär 100 M. Seit dem 1. April habe Preußen diese Sätze für keine Beamte um 50 Proz. erhöht gezahlt. Preußen zahle die Sätze vom 25. Lebensjahr an, das Reich erst vom 28. Lebensjahre ab. Die Angestellten in den genannten obersten Behörden erhalten die gleichen Sätze. Außerdem habe das Reich bisher eine sogenannte Essenzzulage gewährt. Diese Essenzzulage betrage bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden und mehr für Behertragete 80 Pf., für Unbehertragete 60 Pf. pro Tag. Diese Essenzzulage soll nach Inkrafttreten der neuen Befoldungsordnung aufgehoben werden.

In der darauf einlehnenden ausführlichen Debatte trat zutage, daß die Regierungsparteien wie in großen wichtigen, so auch in kleineren Fragen auseinanderfallen. Die Abg. Guérard für das Zentrum und Quack für die Deutschnationalen stimmten dem Genossen Steinkopf bezüglich der Unhaltbarkeit der bisherigen Regelung vollkommen zu. Dr. Quack erweiterte die Frage der Ministerialzulage zu einer Frage der Organisation der Verwaltung. Der Aufbau der Ministerien müsse einfacher und klarer als bisher gestaltet werden. Mit dem Zulagenystem sei dies nicht zu erreichen. Die Zulagen müßten abgeschafft werden, und die Beamtengruppen, die sie bisher erhalten, wären anders einzustufen. Auch die Dirigentenstellen müßten in Fortfall kommen. Die Ministerialräte müßten in die frühere Stellung der Vortragenden Räte zurückgeführt und ihre Stellungen entsprechend ausgestaltet werden. Das sei natürlich ausgeschlossen, wenn Ministerialräte so in Rufen vorhanden seien wie jetzt. Zum Beispiel bei der Post 80, bei der Finanzverwaltung 63. Er würde sich freuen, wenn das Parlament den stärksten Zwang auf entsprechende Verminderung ausübe. Das gleiche müßte gemacht werden bei den Ministerialamtsmannschaften. Ein solcher Abbau von Stellen könne natürlich nicht vorgenommen werden, wenn nicht gleichzeitig ein entsprechender Abbau der Aufgaben nach unten hin erfolge. In der Ministerialmission sollten nur die eigentlichen Regierungsaufgaben verbleiben. In Uebereinstimmung mit Dr. v. Guérard beantragte er, daß die Regierung vor der zweiten Lesung neue, ganz andere Vorschläge mache, die auch gesunde Verhältnisse im Verhältnis zu den Provinzialbehörden schaffe.

Im Gegensatz zu den Ausführungen von Guérard und Quack fehlte sich Dr. Cremer für die Volkspartei dafür ein, daß das System der Ministerialzulagen beibehalten werde. Die Zeit sei für weittragende endgültige Änderungen noch nicht reif.

Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse Steinkopf, daß er nichts dawider habe, daß Beamte an besonders wichtigen Stellen auch dementsprechend bezahlt werden. Aber es müsse ein klares durchsichtiges System dafür vorhanden sein. Jetzt könne

nich niemand herausfinden. Auch er sehe den neuen Vorschlägen der Regierung entgegen, bemerke aber, daß diese Vorschläge sich unter allen Umständen in den Grenzen der bisherigen Bezüge halten müßten.

Nachdem noch für die Demokraten der Abg. Dietrich den radikalen Abbau der viel zu tiefen Ministerialräte verlangt hatte, wurde ein Beschluß einstimmig angenommen, der von der Regierung die Vorlage ganz neuer Vorschläge bezüglich der Heraushebung der Ministerialbeamten vor der zweiten Lesung fordert.

Was dabei herauskam.

Ergebnisse der Wiener Reise: Kinderspielzeug für Männer

Das Wolff-Bureau meldet aus Wien:

Bundespräsident Dr. Hainisch hat dem Reichskanzler Dr. Marx und dem deutschen Botschaften in Wien, Grafen Berchthold, das große goldene Ehrenzeichen am Bande, dem Staatssekretär Puender das große Ehrenzeichen am Bande, dem Ministerialdirektor Dr. Zechlin das große Ehrenzeichen mit dem Stern, dem Regierungsrat Walter, dem Legationsrat Redhammer und dem Konsul Bernhard das große silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen.

Zwingende Bestimmung der Verfassung des Deutschen Reiches in Artikel 109:

„Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staate nicht verliehen werden.“

Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel und Orden annehmen.“

Die Herren Marx und Berchthold, Puender und Zechlin, Walter, Redhammer und Bernhard haben nicht die nötige Zivilcourage besessen, den österreichischen Bundeskanzler höflich dankend auf die deutschen Verfassungen zu verweisen. Sie trauen sich eher die Zivilcourage zu, ihr verfassungswidriges Verhalten gegen öffentlichen Protest in Deutschland zu verteidigen.

Ein Name fehlt bei diesem Ordensaufzug: Stresemann. Aber keine Furcht: er ist schon deforziert!

Landfriedensbruchprozess in München.

Nationalsozialisten provozieren. — Die Provozierten auf der Anklagebank.

München, 15. November. (Eigenbericht.)

Vor dem Kreisgericht München begann am Dienstag der Landfriedensbruchprozess gegen 15 Arbeiter im Alter von 17 bis 28 Jahren, die am 25. Mai in München angeblich einen Holentzuckertrupp überfallen hatten. Dabei wurde der Nationalsozialist Hirschmann getötet, was dann der äußere Anlaß zum Verbot des südbayerischen republikanischen Tages in München wurde. Die Polizei hat für den Prozess umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Anklage lautet gegen den Hauptbeschuldigten, den 18 Jahre alten Hilfsarbeiter Karl Schott, auf Landfriedensbruch, Haushandel und Körperverletzung mit Todesfolge; gegen die übrigen Angeklagten auf Landfriedensbruch und Haushandel. Zur Verhandlung sind 19 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Man rechnet mit einer dreitägigen Prozedur.

Der Hauptbeschuldigte, der den tödlichen Schlag gegen Hirschmann führte, erzählte, daß der Angriff von den Nationalsozialisten ausging. Dabei habe sein Begleiter Unger von einem Holentzucker einen Schlag ins Gesicht erhalten, so daß er zu Boden fiel. Er selbst, Schott, erhielt vom nationalsozialistischen Jahnenträger mit der Fahne einen Hieb über den Kopf, daß er blutete. Erst darauf seien er und seine Freunde zum Angriff übergegangen. Er habe eine Waffe ergriffen und auf seine stehenden Gegner eingehauen. Dabei habe auch Hirschmann den tödlichen Schlag erhalten. Er, der Angeklagte, sei so erregt gewesen, daß er sich der Folgen des wuchtigen Hiebes gegen H. nicht bewußt war.

sieht greifbar das Ziel, die Dauer des menschlichen Lebens, sogar die Jugendperiode des Menschen, zu verlängern.

Die chemischen Methoden hatten bis vor kurzem grobe Werkzeuge. Um Stoffe zu erzeugen, bewegte man große Massen von Atomschichten. Der moderne Schwefelsäureprozess hat darin zuerst Wandel geschaffen. Die Industrie verwendet immer mehr Kontaktstoffe oder „Katalysatoren“, die, ohne selbst verändert zu werden, unbegrenzte Mengen von Stoffen zu verbinden imstande sind. Ihre Anwendung ohnt den Verlauf der Umsetzungen in den Reaktionen nach. Wie Vorgänge in pflanzlichen und tierischen Zellen verlaufen unter dem Einfluß organischer Katalysatoren, der Fermente oder Enzyme, die im lebenden Organismus in geregelter Abhängigkeit zusammenwirken. Die Aufgabe der physiologischen Chemie ist es, das Wesen der Fermente zu erforschen, Aufgabe der praktischen Chemie, fermentartige Kontaktstoffe von hochgesteigertem Leistungsvermögen aufzulösen.

Die praktische Chemie wird regiert von der chemischen Theorie, geradezu von der chemischen Formel. Die Atom- und Molekulartheorie von Dalton und Avogadro, die Formeln des Strömungs und des Benzols von Kekulé, die von Hoffmeister entwickelte Theorie vom tetraedrischen Bau der Kohlenstoffverbindungen waren für die Entwicklung der organischen Chemie bestimmend. Jetzt steht die Feinbauuntersuchung mit Hilfe der Röntgenstrahlen die Anordnung der Atome im Kristall fest und erlaubt, aus reellen räumlich-chemischen Formeln auf die Anordnung der Atome im Molekül zu schließen. Das Atom ist aber nicht mehr eine hypothetische leibte Einheit. Die Atome sind zählbar und sichtbar geworden und sie gelten nicht mehr als unteilbar. Die Untersuchung des Radiums hat die experimentellen Grundlagen für die neuen Theorien vom Bau der Materie geliefert. Die Atome aller Elemente werden als Gebilde von der Art der Planetensysteme betrachtet, alle aus denselben Wasserstoffkernen und Elektronen zusammengesetzt. Die anorganische Chemie im Verein mit der theoretischen Physik konstruiert ein atomistisches Weltbild, das alle älteren Vorstellungen an Tiefe und Wunderbarkeit übertrifft.

„Das Rätsel von Konnersreuth“, ein nicht mehr neues, aber geschäftstüchtig modernisiertes Volksstück von F. Wilhelm, das vom Residenz-Theater einem staunenden Großstadtpublikum präsentiert wird. Im „Reinholdbayer“-Stil geht die Sache los; ein degenerierter Bauerling, der sogar einmal Nördele gewesen ist, dolcht seinen Stiefbruder und Apaten an und läßt ihn über einen Felsabhang purzeln, was nicht immer gesundheitsfördernd sein soll. Die Stiefmutter des Totwunden wird, weil sie Mitwisserin ist und absieht, daß ein Einbruch von ihrem Stiefsohne niedergeschlagen wird. Alle zusammen gehören der Weltung eines Einfältig-Kügens, nach dem nahegelegenen Konnersreuth zur wunderartigen Reke zu gehen. Hier summt Szene; grau liegt die Sakristei, Bischofen zeichnet der Projektionsapparat auf die kahle Wand. Kirchenstimmung mit — ja noch — echtem Belgrauerchor. Da wird jeder gelandt, auch unter Totwunder und seine Stiefmutter. Nur der Wirtsdirektor stirbt, weil er ein so schlechter Kerl ist. Alles staut über das Wunder. Der Einfältig-Kügens jedoch erklärt das Rätsel. Wunder machen kann kein Mensch, aber „der Glaube an Christ“, die, wo man nicht versteht, der nicht Wunder“. Nach dieser sehr Coueschen Deutung versichert

der Dorfweise, daß dazu auch eine Portion Glaube an Gott und die Menschen gehört. So kommen Jude, Christ und Freidenker auf ihre Rechnung. Käuflichkeit bleibt, daß das zahlreich erscheinende Publikum die Munder seiner Moritas ohne Zinsen aufnahm. Anmerkung: vor Coues Konnersreuth im resplendenden Dorftheater sei gewarnt! a. s.

Jadlower in „Frasquito“. Vor ein paar Jahren kreierte Hermann Jadlower die Rolle des Armand Wirtzbeu im Thalia-Theater, heute singt er sie im Theater des Westens. Schmerzhaft, den unergötlichen Rabanes bei der Operette zu sehen, auch wenn die Musik von Lohor ist. Wie klingt jetzt die Stimme? Die festhaltende Höhe, der silberne Klang sind verschwunden, das Forte ist gequält, die Stimme wird dabei leicht heiser, aber noch immer fasziniert Jadlower im Wirtz, bei den Ueberrängen ins Folle, noch immer spürt er wundersame Kontinente. Leider sind diese nur von Lohor und nicht von Verdi oder Donizetti. Er ist der große Künstler geblieben trotz der stimmlichen Mängel und wirkt in dieser Operettenwelt wie ein nicht genug zu feiernder Star. Jadlower macht aus seinen Tangos und Charions Operetten, und nach der Spieloper hin neigt auch Schar. Und dann dies: Jadlower ist frei von aller Operettenroutine. Sein Armand ist wirklich der vornehmste, kultivierte Weltmann ohne jede Talmieselung für den Kurfürstentum. Das Jadlower in der Oper nicht gelang, Menschen zu gestalten, gelang ihm in der Operette. Die Titelfolle singt Martha Serä. Die schöne und große Stimme klingt noch nicht genügend ausgeglichen, in der Höhe führen mandolm schritte, ungedeckte Töne. Somit ist die Aufführung guter Durchschnitt. Warum aber muß der begüterte Armand in einem Zimmer mit abgetragenen Möbeln wohnen? S. S.

Prof. Dr. Carl Smitt, ordentlicher Professor für Staatsrecht, Verwaltungs- und Völkerrecht an der Universität Bonn, hat einen Ruf als ordentlicher Professor für Öffentliches Recht an die Handelshochschule Berlin angenommen. Er wird seine Beurlaubung mit Beginn des Sommersemesters 1923 aufnehmen. Prof. Smitt, geboren am 11. Juli 1888 zu Weidenberg, habilitierte sich 1910 in Straßburg, wurde 1921 als ordentlicher Professor nach Dreißwisch berufen und wirkt seit 1922 in gleicher Eigenschaft in Bonn. Seine neueren Hauptarbeiten sind: „Die Diktatur“, „Politische Ideologie“, „Die neueste geschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“, „Politische Romanik“.

Die Ehrengabe der Gerhart-Hauptmann-Stiftung an Betrage von 1000 M., die alljährlich am 15. November, dem Geburtstag Gerhart Hauptmanns, verliehen wird, ist vom Kuratorium der Stiftung dem Dichter Max Hermann (Reihe) zugesprochen worden. Max Hermann, 1886 in Reife geboren, hat sich namentlich als Lyriker, daneben aber auch als Verfasser von Romanen, Novellen und Dramen einen Namen gemacht.

Schadenersatzklage gegen Reinhardt. Bei seiner Landung in New York erhielt Max Reinhardt durch ein New-Yorker Anwaltsbureau eine Befragung in Verbindung mit einem von dem Theaterunternehmer Philip Riner aus Cleveland eingeleiteten Schadenersatzprozess über eine Million Dollar. Es handelt sich um einen angeblich 1924 abgeschlossenen Vertrag, den aber Reinhardt in Übereinstimmung

Der Streit um die Bauausstellung.

Die Künstler fordern ihr Recht.

Die in Künstlerkreisen entstandene Befürchtung, daß bei der Berliner Dauerausstellung von 1930 die künstlerischen und kulturellen Interessen durch die rein kaufmännischen und bauwirtschaftlichen Interessen beeinträchtigt werden könnten, hat zu einem Zusammenschluß der in Frage kommenden Künstlerorganisationen geführt. Aus der zunächst losen Vereinigung ist jetzt ein „Berliner Kunstausstellung“ geworden, dem der Architekten- und Ingenieurverein, die Architektenvereinigung „Der Ring“, der Zentralvorstand des Bundes deutscher Architekten, der Deutsche Werkbund, der Verein für deutsches Kunstgewerbe, das Komitee der Vereinigten Verbände bildender Künstler Berlins angehören. Auch Max Liebermann, der Präsident der Akademie der Künste, ist diesem Ausschuß beigetreten.

Der Ausschuß will mit der Berliner Stadtverwaltung und mit dem Verein Bauausstellung verhandeln, um Vereinbarungen zu erreichen, die den Künstlern den gebührenden Einfluß auf die Ausstellung sichern. In einer vom Deutschen Werkbund veranstalteten Besprechung von Vertretern der Künstlergesellschaft und der Presse wurde betont, es müsse Vorbehalte getroffen werden, daß dieses Ausstellungsunternehmen nicht von vornherein den Industriellen allein überantwortet wird. Die Künstler fordern die Hinzuziehung der Künstlergesellschaft als ihr Recht. In der Besprechung wurde auch der in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag voriger Woche angenommene sozialdemokratische Antrag erwähnt, der gewisse Sicherungen schaffen will. Er stellt für die Zustimmung zu dem Vertrag der Stadt Berlin mit dem Verein Bauausstellung als Voraussetzung die Forderung auf, daß zwischen Magistrat und Verein noch vor dem formellen Abschluß des Vertrages eine Klärung der Zuständigkeit des Vereins und der Stadt zur Veranstaltung von Ausstellungen erfolgt. Besonders wird, wie der Antrag hervorhebt, gedacht an die bisher schon auf dem Ausstellungsgelände durchgeführten Ausstellungen und Messen, die das Stadtgebiet der Bauwirtschaft betreffen, auch an solche Ausstellungen, die dieses Gebiet nur teilweise betreffen, und auch an rein wissenschaftliche und rein baukünstlerische Ausstellungen aus der Bauwirtschaft.

Inzwischen hat man mit den gemündeten Verhandlungen bereits angefangen, und es sind zunächst Richtlinien für die Behandlung von Sonderausstellungen aufgestellt worden. Man muß wünschen und darf hoffen, daß die Verhandlungen zu einem die Künstlerchaft befriedigenden Ergebnis führen werden.

„Die Weltfrauenloge.“

Kautionschwindel, Betrug, Unterschlagung.

„Weltfrauenloge“ Liga zum Schutze der Frau E. V. Schutz der Frau gegen Ausbeutung, Erziehung zur Ehemoral, Wirtschaftliche Hebung der Familie, Bekämpfung der Prostitution, Errichtung von Heimen für Kinder und Mütter, Ehe und Nachsorge, Lösung der Wohnungsfragen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Heime zur Rückführung gefallener Mädchen in die Gesellschaft usw. — Mit einem Wort, Lösung sämtlicher sozialen Probleme, sofern sie sich auf die Frau beziehen, verspricht diese Weltfrauenloge, die von Herrn W. im Jahre 1926 gegründet wurde. Heute steht er vor dem Schöffengericht Berlin Mitte und hat sich wegen Betruges, Unterschlagungen und Kautionschwindel zu verantworten. Neben ihm sitzt seine kleine, schwächliche und ehemalige Sekretärin und Freundin Frau E. V. Schütz.

Die Frauenloge besaß ein Bureau am Magdeburger Platz. Hier tummeln sich Arbeiterinnen, die von Haus zu Haus zogen, um Mitglieber anzuwerben, Kassierinnen und Bureauvorsteherinnen, die Kautionen eingezahlt hatten, hier befand sich die Geschäftsstelle für die Verbreitung des Organs der Liga „Der Frauenwille“. Hier residierte Herr W. Die Mitgliedsnummer begann mit 25 000, ihre Zahl betrug 4000. Der Mitgliedsbeitrag machte 18 M. monatlich aus. Als eines schönen Tages Kautionen zurückverlangt wurden, brach die ganze Heerlichkeit zusammen. Herr W. wurde hinter Schloß und Riegel gesetzt. Er hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich und man ist fast geneigt, seine Latente, die er in so unruhiger Weise verpulvert, zu bewundern. Geboren in Ostpreußen im Jahre 1890, lernte er Kaufmann. Seine praktische

Ein neuer Grünwald-Fund. Dem in Gröbenzell bei München lebenden Grünwald-Forscher Dr. H. Raumann ist es gelungen, im Hamburger Herpetologischen Museum ein Exemplar Friedrich des Siegesreichs, ein Werk von Matthias Grünwald, zu ermitteln. Die ursprünglich der Kusthaltung mittelalterlicher Künstler in Darmstadt erhaltene kunstgeschichtliche Distinktion und Nachprüfung hat nun zur völligen Bestätigung des Fundes geführt. Nach den Untersuchungen Prof. Dr. Brauners in München zeigt sich das Bild durch eine Klarheit aus, die alle deutschen Bildnisse des 18. Jahrhunderts überstrahlt.

Das Wundergrammophon. Ingenieure der englischen Grammophongesellschaft in London haben ein neues Grammophon konstruiert, das verschiedene Stücke zwei Stunden lang ohne Unterbrechung herunterspielt. Dieses unerwähnte neue Instrument spielt nicht nur zwanzig Platten hintereinander ab, es legt sie auch selbstständig ab, hapelt sie fein sauberlich auseinander und erleichtert die Eingabe durch neue. Das neue Modell wurde kürzlich in der Generalversammlung der Gesellschaft der Aktionäre vorgeführt. Auf dem Markt soll die neue Maschine indessen erst zu Beginn des nächsten Jahres gebracht werden. Bernard Shaw und Schallplatten, die das neue Grammophon zu hören Gelegenheit hatten, haben ihrem Entzücken über diese technische Leistung bereites Ausdruck gegeben. Neben dem Verkaufspreis ist noch nichts Besseres bekannt geworden, doch wollen Eingeweihte wissen, daß er den Betrag von 1000 Dollars noch übersteigen wird. Der bemerkenswerteste und auffälligste Bestandteil des neuen Mechanismus ist, wie englische Blätter berichten, ein Arm, von dem federelastische Finger betätigt werden. Wenn ein Stück beendet ist, legt sich der Arm quer über die Walze, und seine Finger greifen die Walze, um sie behutsam abzuheben und in eine nebenstehenden Kasten zu legen. Dann bewegt sich der Arm zurück und erregt mit den Fingern eine neue Walze und legt sie ordnungsmäßig auf. Darauf beginnt das Spiel des neuen Stückes. Das Aufwickeln des Grammophons erleichtert sich, da der Antrieb selbstständig durch Anschlag an die elektrische Lichtleitung erfolgt. Wenn die Zahl der Stücke erschöpft ist, stellt der Mechanismus das Spiel selbstständig ab, indem er den Strom ausschaltet.

Waldbildervortrag über Räte Kollwitz. Frau Louise Dist. Vorträgerin eines Waldbildervortrags über die Räte Kollwitz.

Die Herbstausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz, in der u. a. eine große Kollektionsausstellung von Räte Kollwitz gezeigt wird, ist auch am 2. August geschlossen und zwar von 10-12 Uhr.

Auf der Novemberausstellung des Sturm, Volkamer Str. 134a, sind Gemälde des russischen Malers Wladimir Wladimirovich, derer Porträts von Alexander Gogol und Sturm-Besamtskaja.

Dr. Johannes Götter ist in seinem Zyklus „Bühnenkunst im Wandel der Zeiten“ mit einem Bildbroschüre über das Renaissance-Rathhaus in Wien, Regie der Generei Sabja Schöck, (Schillerplatz, 17. Nov., 20 Uhr).

Georges Dukowet wird am 21. 20 Uhr, im Rahmen der vom Romanischen Seminar der Universität Berlin veranstalteten Vortragsreihe in französischer Sprache über „Le Roman et la Vie“ sprechen. Der Vortrag findet statt im Saal des Neuen Schauspielhauses der Universität, Kaiser-Franz-Joseph-Platz 2.

Die Elektrifizierung der Stadtbahn.



Das neue Umformerwerk Ebersstraße.

Auf allen Stadt- und Ringbahnstationen Berlins wachen als Vorläufer der Elektrifizierung schmucke, technische Zweckbauten in die Höhe: Gleichrichterwerke und Schaltkästen, die durch türmenartige Aufsätze (Entlüftungsschächte) ein gleichartiges Aussehen erhalten und mit ihrer glatten Ziegelfassade einen angenehmen Kontrast zu den meist veralteten und verwitterten Bahnhöfen bilden. Nicht weniger als 100 Gleichrichter sind auf der ganzen Strecke verteilt. Halensee und Kummelsburg werden die größten Schaltwerke erhalten. In zweiter Stelle kommen Ebersstraße und Böttcherstraße. In der Ebersstraße werden acht Gleichrichter zur Aufstellung gelangen; vom langgestreckten Schalthaus aus wird der Drehstrom von 30 000 Volt ver-

teilt auf die Strecken der Ringbahn, Wannseebahn und Zossener Bahn. Die übrigen Stationen der Stadt- und Ringbahn erhalten je zwei Gleichrichter. Die Ausbildung des Bahnpersonals für die neue Betriebsart ist im Gange. Während die kleineren Werke, die auf den einzelnen Stationen liegen, unbedient sind und ferngesteuert werden, konzentriert sich die Bedienung in wenigen Punkten. Für die Rundgänge durch die zahlreichen Werke sind Kontrollpersonen vorgesehen. Im Gefahr in Verzug, so erhält der Mann in dem Schaltwerk ein Warnungszeichen oder die Strecke setzt sich automatisch außer Betrieb. Eine Kolonne mit Autos hat die Bestimmung, in solchen Fällen scheinmüßig an die Unfallstelle zu eilen und die Störung zu beseitigen.

Tätigkeit begann er als Leiter eines Vergnügungsabteilungs in Königsberg, dann versuchte er sich als Verleger der Naturheilverfahren von Bütz und eine Bibliothek für Bildung und Wissen. Als er sich mit seinem Kompanon vor seinen Gläubigern aus dem Staube machen wollte, erhielt er eine geringfügige Strafe. Wenig Erfolg hatte er auch mit der Verbreitung des Stundblattes „Der Galgen“ und einer Broschüre über die „Freie Liebe“. In schnellem Hinterland folgten ein Konfliktzustand in einem Etablissement, die Fabrikation von Bonbons, die Gründung einer kleinen Hochschule für Organisationswissenschaft und Bureaukunst, die Leitung eines Kinos, eine Konzertdirektion, Straßenhandel mit Obst. Herr W. war unterdessen nach Berlin gezogen. Nachdem er sich nach kurzem Eheglück von seinen ersten beiden Frauen scheiden ließ, hatte ihn seine dritte Frau nach der Hauptstadt geführt. Jedoch auch von dieser trennte er sich bald. Das Ziel gerade in die Zeit, als er seinen Straßenhandel mit Obst liquidierte. Er gründete dann nach ein Zeitungsunternehmen, „Die Hundewelt“, deren Abonnenten gegen Diebstahlversicherung versichert wurden, dann rief er eine Wochenschrift „Das Recht der Frau“ ins Leben, schuf die Firma W. u. Co. als Syndikat für Verwaltungsstellen für Vertretung in allen großen Städten und landete schließlich in seinem Bureau in der Magdeburger Straße mit der „Weltfrauenloge“. Von hier kam er ins Gefängnis.

Strenger Winter?

Schnellzug Berlin-Riga im Schnee stecken geblieben.

Riga, 15. November.

Seit Sonnabend herrscht hier heftiges Schneetreiben. Die Schneedecke hat bereits eine Höhe von 30 Zentimetern erreicht. Aus allen Landesteilen kommen Meldungen über große Vereisungen. Der Riga-Moskauer Zug und kein Gegenzug sind im Schnee stecken geblieben; ähnlich erging es dem heute früh hier aus Berlin erwarteten Zug. Zwei in Schweden erbaute Passagierzüge mußten auf dem Flug nach Riga im finnischen Meerbusen infolge heftigen Schneesturmes notlanden. Die Mannschaften und die Flugzeuge selbst blieben unversehrt. Im Rigaer Meerbusen ist ein Segler gestrandet; die Besatzung konnte nur mit großer Mühe gerettet werden. Der Sturm hat erst gestern Abend nachgelassen.

Nach Meldungen aus Rapa herrscht auch in Estland strenger Kälte und heftiger Schneesturm.

Es soll wärmer werden.

Das klare und leichte Frostwetter, das die letzten Tage der Woche einschließlich Sonntag ausfüllte, ist in der letzten Nacht durch leichte Schneefälle, die ein Ansteigen des Quecksilbers über den Gefrierpunkt brachten, sich unterbrochen worden. Der Kälteeinbruch, der vor einigen Tagen auf der Rückseite eines weitverbreiteten Tiefdruckgebietes erfolgte, brachte starke Temperaturniedrigungen, die sich sogar bis nach den Mittelmeerlandern auswirkten. In Rom wurden heute früh nur + 8 Grad und in Langer nur + 4 Grad gemessen. Ganz ungewöhnliche Temperaturen, die an denen der Vorjahre gemessen bis zu 10 Grad unter dem Durchschnitt liegen. Während in Berlin in der Thermometer über dem Gefrierpunkt stieg, wird aus Süddeutschland - 6 Grad bei klarem Himmel, aus Ostpreußen - 3 bis 4 Grad gemeldet. Im Nordwesten des Reiches schwanken die Temperaturen zwischen + 1 und 2 Grad.

Nach einem Schneeeinbruch, der dem amtlichen Wetterdienst aus den Bergen zugegangen ist, scheinen die Wintersportmöglichkeiten noch sehr begrenzt zu sein. Die Höhe der Schneedecke auf der Schneeföhne beträgt durchschnittlich 40 Zentimeter, ist aber sehr unterschiedlich. Auf dem Feldberg im Taunus liegen etwa drei Zentimeter und auf dem Fichtelberg sechs Zentimeter Schnee. Die Temperatur in den Bergen ist von gestern zu heute etwas gestiegen. Vom Brocken wurden beispielsweise - 5 Grad, von der Schneeföhne - 10 Grad und vom Fichtelberg, wo heute früh gegen 8 Uhr wieder stärkerer Schneeeinbruch einsetzte, - 10 Grad gemeldet.

Die Wetteraussichten für den morgigen Ruhetag sind wenig versprechend. Bei bedecktem Himmel wird es streifenweise leichte Schneefälle bzw. Regenschauer geben. Die Temperaturen werden wenig höher sein. In den nächsten Tagen soll sogar eine langsame Erwärmung eintreten, die ihre Ursache in einer über Island legenden frühigen Depression hat, die massive Aufstöße mit sich bringt.

Ein Wintersport ins Riesengebirge. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ veranstaltet an den Weihnachtstagen, vom 25. bis 27. Dezember 1927 bzw. bis 1. Januar 1928, eine dreiwöchige achtstägige Gesellschaftsreise in das Riesengebirge. Die Teilnehmer treffen sich Sonntag, 25. Dezember, 6 1/2 Uhr, im Görlitzer Bahnhof, Worsdorf 3. Klasse. Montag, 26. Dezember, und Dienstag, 27. Dezember, unternehmen die Teilnehmer kleine Gebirgswanderungen, ein Aufstieg zur Schneeföhne ist bei günstigem Wetter vorgesehen. Die Teilnehmer der Lichtgareille bringt bei günstigen Schneeverhältnissen Mittwoch, 28. Dezember, eine Schlittenfahrt nach Bad Münder. Der 29., 30. und 31. Dezember bringen

verschiedene Wanderungen. Die Gesamtkosten betragen für die Dreitagereise 36,50 M., für die Lichtgareille 75 M. Darin sind enthalten die Kosten für sämtliche Eisenbahnfahrten, Logis in guten Hotels (nur Betten), Frühstück, Mittag- und Abendessen, für Schlittenfahrt und Befestigungen. Anmeldungen zur Teilnahme schriftlich oder mündlich — Dienstags und Freitags von 6 bis 8 Uhr abends — im Reisebüro des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Berlin N. 24, Johannisstr. 14/15 (Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandshaus). Bei der Anmeldung sind 5 M. Reisegebühr einzuzahlen, die auf die Reisekosten angerechnet werden. Letzter Anmeldetermin ist der 9. Dezember.

Die Katastrophe von Pittsburg.

28 Tote, 500 Verletzte, 5000 obdachlos.

Pittsburg, 15. November.

Nach den letzten Nachrichten sind bei der Gasometerexplosion 28 Personen ums Leben gekommen, 500 Personen wurden verletzt und etwa 5000 sind ohne Obdach. Außerdem werden viele Personen vermisst. Unter der Bevölkerung des betroffenen Stadtteils herrscht noch immer eine Panik. Die Menge versuchte die Leichenhallen zu stürmen. Bei dem Unglück wurden besonders viele Kinder verletzt, da im Augenblick der Explosion der Unterricht im benachbarten Schulhaus begann. Die Kinder rannten voller Schrecken durch die Straßen, wo sie von Glasplättern, umstürzenden Mauern, zerrissenen elektrischen Leitungen verletzt wurden. Die Rettungsmannschaft versucht, durch Dynamitpregelungen am Explosionsort, einen Weg durch das Gewirr der Eisenstrümpfer zu bahnen; unter denen man noch viele Opfer vermutet.

Ein Augenzeuge berichtet:

Nach mehrere Stunden nach der Explosion des Gasometers war es den Rettungswert beteiligten Personen unmöglich, nach dem Mittelpunkt des verheerenden Distrikts vorzudringen. Ein Vertreter der „Associated Press“, der sich in die Verfallzone begeben hat, berichtet, daß das von den Folgen der Explosion verheerte Gebiet am Ohio-Flusse etwa eine Quadratmeile umfaßt. Es wird angenommen, daß Arbeiter, die Reparaturen vornehmen, durch unvorsichtiges Handeln mit einer Köstlichkeit das Unglück verurteilt haben. Die Explosion ereignete sich mitten in einem Bezirk, der von Arbeiterwohnhäusern, Fabriken und Speichern überfüllt ist. Zahlreiche Gebäude sind zusammengeklappt, bei anderen sind nur die Dächer weggerissen worden. Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, haben in vielen Fällen einstürzende Gebäude sämtliche Arbeiter unter sich begraben. Auch in Fällen, in denen die Gebäude der Gewalt der Explosion trotzen, wurden vielfach sämtliche Arbeiter verletzt. Selbst in weit abgelegenen Stadtteilen wurden die Fenster Scheiben zerrüttet und Fußgänger durch Glasplättchen verwundet. Unter den zerstörten Großanlagen befinden sich die der Union Point Company sowie ein Lagerhaus der Standard Plate-Glass-Company. Man befürchtet, daß die Zahl der Toten noch erheblich steigt, da viele Personen, darunter oft ganze Familien, mit außerordentlich schweren Verletzungen in die Hospitäler eingeliefert werden.

Der Branddirektor Smith, ein Augenzeuge der Explosion, erzählt, daß der riesige Stahlfabrikant sich wie ein Riesenschiff mehrere Hundert Fuß in die Luft erhob und dabei ein riesiges Feuer bildete, das sich über die Stadt ausbreitete und zerbrach dann unter gewaltigen Bomben, Stahlstücke von vielen Tonnen Gewicht klangen wie Pappdeckelchen durch die Luft. Gleich darauf hörte man das Krachen einstürzender Gebäude. Ein Beamter der Wetterwarte am 28. Stockwerk des Oliver-Gebäudes erklärte, der Balkenträger habe unter der Gewalt der Explosion wie bei einem Erdbeben geschwankt. Das Barometer verzeichnete eine Zunahme des Luftdrucks um ein Zwanzigstel Zoll.

Ein ganzer Geldschrank gestohlen.

Ein tolles Stück haben Kradler, wahrscheinlich gewerksmäßige Berliner Werbrecher, in der Postagentur des Ortes Zwickau in der Nähe von Jena fertig gebracht. Sie drangen, wie nachträglich festgestellt wurde, um 3 Uhr morgens in das Gebäude ein und schleifteten, weil sie ihn an Ort und Stelle nicht aufbrechen konnten, den ganzen acht Zentner schweren Geldschrank mit Inhalt 100 Meter weit auf das Feld hinaus. Als sie sich hier daran machten, ihn zu öffnen, wurden sie gestört, mußten ihn liegen lassen und davonlaufen. Aus erbrochenen Schubladen hatten sie nur 100 M. erbeutet.

Einschränkung der Wohlfahrtkongresse?

Wie verlautet, hat der Deutsche Städtebund den Organisationen des Gesundheitswesens, der Jugendwohlfahrt und der wirtschaftlichen Fürsorge den Vorschlag gemacht, die Zahl der Kongresse auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege einzuschränken und, ähnlich wie in anderen Ländern, alljährlich nur eine Wohlfahrtswochensitzung zu veranstalten, in die dann alle in Frage kommenden Wohlfahrtstagen fallen sollen.

Die Aussperrung in der Zigarrenindustrie.

Etwa 75000 Arbeiter ausgesperrt.

Bremen, 15. November. (Eigenbericht.)

Beim Hauptvorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes sind die Nachrichten über den Umfang der Aussperrung bis heute vorläufig eingegangen, doch ist das Material noch nicht vollständig gesichtet. Nach einem vorläufigen Ueberblick kann man die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarrenindustrie, die durch den Beschluß des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller auf die Strafe geworfen wurden, auf

etwa 70 000 bis 80 000

schätzen. Da in der deutschen Zigarrenindustrie 120 000 bis 125 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, hat also ein großer Teil der Zigarrenfabrikanten sich dem Terror der Syndikate nicht unterworfen.

Unter den Fabrikanten, die nicht ausgesperrt haben, befinden sich auch solche, die Mitglieder der Unternehmerorganisation sind. Die Fabrikanten, die sich weigern, den tarifwidrigen Aussperrungsbeschluß durchzuführen, zahlen teilweise die geforderte Lohnerhöhung von 15 Proz., andere wieder zahlen einen Teil der geforderten Lohnerhöhung und verpflichten sich, nach Abschluß des Kampfes die Löhne zu zahlen, die dann vereinbart werden.

Die Zahl von 75 000 Aussperrten, die man als vorläufiges

Ergebnis der Terrorpolitik der Unternehmer

registrieren kann, ist eine furchtbare Zahl, besonders wenn man die elenden Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen berücksichtigt. Soweit diese nicht organisiert sind und also keine Unterstützung von einer Gewerkschaft erhalten, sollen sie der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last. Trotz dieser furchtbaren Zahl muß aber festgestellt werden, daß den Unternehmern ihre Absicht, die gesamte Arbeiterschaft der Zigarrenindustrie auszusperrn, nicht gelungen ist. Ein gutes Drittel der Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarrenindustrie arbeitet

zu neuen Lohnbedingungen.

Damit ist auch der Beweis erbracht, daß die Behauptung der Zigarrenfabrikanten, sie könnten höhere Löhne nicht zahlen, nicht zutrifft. Die Zigarrenfabrikanten haben sich aber zum guten Teil, soweit sie der Aussperrungsparole gefolgt sind, nur unter dem stärksten Druck gefügt. Viele Zigarrenfabrikanten, die Mit-

glieder des R.D.S. sind, haben den Organisationsvertretern der Gewerkschaften erklärt, daß sie bereit wären, die höheren Löhne zu zahlen, daß sie aber

unter dem Druck der angedrohten Konventionalstrafe

leider bei ihrer finanziellen Lage zur Aussperrung gezwungen seien. Die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen stellen mit Bitterkeit fest, daß gegen Terror kein Staatsanwalt einschreitet, während es genügt, das bei einem Streik ein Arbeiter einen Streikbrecher auch nur schief anblickt, um Polizei und Gerichte in Bewegung zu setzen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die von den Unternehmern vertragswidrig ausgesperrt worden sind, werden jedenfalls die Arbeit nicht wieder zu den alten Lohnbedingungen aufnehmen. In den Bezirken

Berlin, Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen

sind nach einer vorläufigen Ueberblick etwa 3500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Der Hauptteil davon entfällt auf die Firma Boeser u. Wolff, die Fabriken in Eising und Marienburg hat. Die Firma W. Herfst, Alterstraße 83, die etwa 150 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, in Berlin 16 Filialen unterhält, und bereits 2 1/2 Proz. über Tarif zahlte, hat ihre Arbeiter nicht ausgesperrt; sie zahlt jetzt 7 1/2 Proz. über Tarif und hat sich verpflichtet, nach Abschluß des Kampfes die vereinbarten neuen Löhne zu zahlen. Auch die Firma Dietzke mit etwa 80 Arbeitern und Arbeiterinnen, hat nicht ausgesperrt. Aus Bad Salsungen i. Thür. teilt uns die Firma Eckardt G. m. b. H. mit, daß sie ihre 170 Arbeiter nicht ausgesperrt hat und die Politik des R.D.S. nicht mitmacht.

Die Fabrikanten in Oberbaden warten.

Offenburg, 15. November.

Der Bezirk Oberbaden im Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller hat gestern in einer in Lage abgehaltenen Sitzung die Aussperrung der Zigarrenarbeiter in Oberbaden beschlossen. Die Aussperrung soll am kommenden Sonnabend in Kraft treten.

Die oberbadischen Fabrikanten haben schon zweimal die Aussperrung verschoben. Zuletzt hatten sie beschlossen, die Aussperrung am 14. November durchzuführen. Offenbar suchen sie Zeit zu gewinnen, um ohne Konventionalstrafe um die Aussperrung herumzukommen.

411 285 Mitglieder im Baugewerksbund.

Von Januar bis September über 65 000 gewonnen.

Auf dem Bundestag des Baugewerksbundes Ende September teilte Baepflow mit, daß die Organisation am 3. September 396 000 Mitglieder zählte. Er sprach die Hoffnung aus, daß am Schluß des 3. Quartals, als der Verbandstag gerade stattfand, vielleicht schon 400 000 Mitglieder vorhanden wären. Diese Hoffnung hat sich nicht nur bestätigt, sondern ist sogar noch übertroffen worden. Wie das Verbandsorgan „Der Grundstein“ mitteilt, hatte der Baugewerksbund am Schluß des 3. Quartals 404 742 beitragspflichtige Mitglieder. Wenn man noch die Mitglieder hinzurechnet, die auf Grund der Zahlung von der Beitragszahlung befreit sind, so waren es am Schluß des 3. Quartals insgesamt 411 285 Mitglieder. Das bedeutet in den letzten drei Quartalen einen Gewinn von 65 583 zahlenden Mitgliedern.

Die Stärkung des Baugewerksbundes kommt erst recht zur Geltung, wenn man einen Vergleich zieht mit dem Mitgliederbestand der Vorkriegszeit, wo doch die Bauwirtschaft viel größer war als jetzt. Am Schluß des 3. Quartals 1913 hatte der damalige Bauarbeiterverband insgesamt 330 664 Mitglieder.

Den höchsten Mitgliederbestand der Nachkriegszeit hatte der Baugewerksbund am Schluß des 3. Quartals 1922 mit 584 144. Wenn auch seitdem eine große Zahl von Bauarbeitern nach in andere Industrien abgewandert ist, so zeigt diese Zahl aber doch, daß noch ein weites Agitationsfeld zu bearbeiten ist.

Der Mitgliedererfolg, der nur durch die rege Agitation der Funktionäre und Mitglieder auf den Baustellen und anderwärts erzielt werden konnte, ist ohne Zweifel ein großer Erfolg gewerkschaftlicher Kleinarbeit. Er ist aber auch ein Beweis für die Schwungkraft der Organisation sowie für die wachsende Einsicht der Bauarbeiterschaft. Der unermüdliche Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen kann nur in starken Organisationen aufgenommen und bestanden werden. Für die Funktionäre und Mitglieder des Baugewerksbundes darf es daher ob dieses Erfolges kein Erlahmen in der Agitation geben. Die Parole muß nun sein: Der Baugewerksbund muß 500 000 Mitglieder haben!

Konflikt im Waldenburger Bergbau.

Waldenburg, 14. November.

Hier fanden heute Revierkonferenzen der Bergarbeiterverbände aller Richtungen statt, die sich mit der Ablehnung des Schiedsspruches für den niederschlesischen Bergbau beschäftigten. Die Bergarbeiter fordern Angleichung der Tariflöhne an die Effektivlöhne, eine Zulage von 80 Pf. je Schicht und Erhöhung der Mindestlöhne für die im Afford beschäftigten Arbeiter.

In den Konferenzen wurde eine Entschliebung angenommen, in der scharfster Protest gegen die Verschleppungspolitik der Berliner Regierungsteile in der Lohnfrage des niederschlesischen Bergbaues erhoben und der Hauptvorstand des Gewerkschaftsvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands zur tatkräftigen Unterstützung der Forderungen der Waldenburger Bergarbeiter und zur Bewilligung von Mitteln aufgefordert wird, damit den Forderungen der Bergarbeiter, wenn nötig, durch Arbeitsniederlegung der nötige Nachdruck verliehen werden könne.

Schwerbeschädigte Versorgungsantwörter!

Zwecks Aufrechterhaltung ihrer Vormerkung müssen schwerbeschädigte Versorgungsantwörter nach Mitteilung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten bei jeder Stelle, bei der sie sich vormerken ließen, ihre Vormerkung nach § 29 der Anstellungsgrundzüge jedes Jahr bis spätestens 1. Dezember erneuern. Bewerber, die das unterlassen, werden in den Vormerkungslisten gestrichen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Gepp; Wirtschaft: G. Altinghölter; Gewerkschaftsbewegung: J. Giermer; Revolution: R. A. Böhm; Politik und Sonstiges: Fritz Rathke; Anzeigen: Th. Glöde; Vertrieb in Berlin: Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Die Berliner Fabrikarbeiter.

Im 3. Quartal 1300 Mitglieder gewonnen.

Am Sonntag lagte die Generalversammlung der Jahreshilfe Groß-Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter. Der 1. Bevollmächtigte Genosse Rüder gab den Geschäftsbericht für das 3. Quartal. Er ging zunächst auf die zunehmende Teuerung und ihre Ursachen ein und stellte fest, daß das Realeinkommen der Arbeiter ganz beträchtlich gesunken sei. Da die meisten Tarife noch bis zum Frühjahr 1928 Geltung haben und eine zwischentarifliche Regelung an dem Widerstand der Arbeitgeber scheiterte, forderte er von der Regierung Maßnahmen zur Senkung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, fügte jedoch gleichzeitig hinzu, daß von der Bürgerblockregierung in dieser Beziehung nichts zu erwarten sei. Darum müssen alle Kräfte gesammelt werden, um im Wahljahr 1928, einem Kampfsjahr erster Ordnung, eine Regierung zu wählen, die sich rücksichtslos und energisch der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten annimmt.

Im Bericht über die Lohnbewegungen ging Rüder auf die verheerliche Schreibweise der kommunistischen Presse, namentlich die „Roten Fahne“, ein, dieses Verhalten auf das schärfste brandmarkend. Hierbei brachte er ein Rundschreiben der R.P.D. Gewerkschaftszentrale an alle Fraktionen des Fabrikarbeiterverbandes zur Kenntnis, die Vereinbarungen in der chemischen Industrie betreffend, welches ebenfalls von Lügen und Verdrehungen strotzte. Bei dieser Gelegenheit richtete er

an die Arbeiterschaft der chemischen Industrie den Appell, sich endlich vom Phrasentum und Ueberhabilitismus frei zu machen und sich auf den Boden der nüchternen Tatsachen zu stellen.

Die Organisation führt zurzeit zwei größere Streiks, und zwar den der Wacharbeiter bei der Firma Paul Baschwich und der Dewarischen Bergwerke. Die Generalversammlung sprach ihren im Streik befindlichen Kollegen vollste Sympathie und Solidarität aus.

Rüder konnte dann weiter auf ein erfreuliches Wachstum der Jahreshilfe Berlin hinweisen. 1321 neue Mitglieder wurden im 3. Quartal für die Organisation gewonnen; ein Zeichen für die ungeschwächte Werbekraft des Fabrikarbeiterverbandes.

Aus dem Kassenbericht, den Genosse Rühle vorlegte, ist zu entnehmen, daß sich der Lokalkassenbestand um rund 6500 M. erhöht hat.

In der Diskussion trat als erster der Kommunist Schopper auf, der erfreulicherweise ebenfalls das Verhalten der „Roten Fahne“ und der sogenannten Opposition auf das schärfste verurteilte. Aber auch Hauff und Behner, zwei unentwegte und unbelehrbare Kommunisten, fanden kein Wort zur Verteidigung der „Roten Fahne“.

Unsere Genossen Reimann, Sewekow, Kämmer und Neumann unterstrichen und ergänzten dann noch in außerordentlich wirkungsvoller Weise den Bericht Rüders. Neumann als Vertreter des „Keramischen Bundes“ hob besonders das gute Zusammenarbeiten der Kollegen vom Glas- und Porzellanarbeiterverband mit der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes hervor.

KINO-TAFEL

Programm für die Zeit vom 15. bis 17. November

BTL
Potsdamer Straße 38
Turmstraße 12
Alexanderstr. 39-40 (Passage)
Napoleon Bonaparte
Für Jugendliche freigegeben
Rheinstraße 14
Metropolis
Odeon, Potsdamer Str. 75
Pola Negri
in
Stacheldraht
Für Jugendliche freigegeben
Beginn Wochent. 5 15 7 15 9 15 Uhr
Am Bußtag Kasseneröffn. 5 Uhr

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48
Lillian Gish in
Der schwarze Buchstabe
Ferner: Bühnenschau

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Stacheldraht
Ferner: Der große Boxkampf-Film: Dempsey-Tunney. (Außer Bußtag.)
Bühnenschau. Jugendl. haben Zutritt.

Passage-Lichtspiele, Neuhöfen, Bergstr. 181/52
Die Hose
Ferner: Die Sinfonie der Großstadt.
Bühnenschau.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Madame wagt einen Seitensprung
Dazu: Ein Mädchen aus dem Volk.
Bußtag: Die aus erster Ehe.

Film-Palast Kammersäle Teufelberg Str. 1-4
Der Meister von Nürnberg
und das große Beiprogramm.

Betten-Schonert

Dranienstr. 12 Eckhaus Heinrichpl.

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	55.-
Unterbetten	10.-	15.-	32.-	43.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Stoppdecken	15.-	15.-	18.-	20.-
Baumwolldecken	48.-	60.-	68.-	95.-
Stlg. Matratz. u. Kellk.	15.-	18.-	21.-	24.-

Bettenreinigung mit neuesten Maschinen. — Abholung und Lieferung kostenlos.
Anruf Moritzplatz 833.

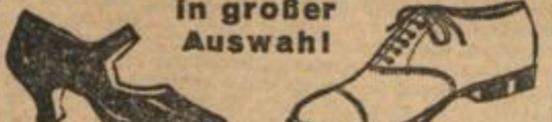
Optisches und Phototechnisches Spezial-Institut
K. Ebert
Bln.-Schöneberg, Martin-Luther-Str. 41
Ecke am Park

Brillen, Kneller, Lupen, Lesegläser, Operngläser, Feldstecher, Mikroskope, Optische Reparaturen und Maßanfertigungen sofort

Photo-Apparate
und sämtliche Zubehöranartikel
Zeiss - Goetz - Bausch - Lomb - Contessa
Nettel - Ica etc. - Eigenes Atelier

Lieferant all. Krankenkassen
Mitglieder 10 bzw. 5 Proz.

AUF KREDIT!
SCHUHE
in großer Auswahl



für Herren, Damen und Kinder

Anzahlung 2 bis 4 Mk.
wöchentlich 1 bis 2 Mk.

Heinrich Georg
Schöneberg, Hauptstr. 157, 1

Herrenkleider-Fabrik
gibt bis auf weiteres Anzüge, Ullster, Paletots zu Fabrikpreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, 1 Tr.

Metallbetten
Jahmstratzen, Kinderbetten stütz u. Pr. kat. 650 r. Eisenmöbelabrik suhl. Thür.

MASS-
Anzüge, Paletots, Mäntel aus la. deutschen u. engl. Stoffen von 125.- an, unter Garantie für tadelloser Sitz und Verarbeitung. Auf Wunsch Zahlungszielvereinbarung.
MODENHAUS
MULLERSTR. 141
U-Bahn Seestraße

Oskar Wollburg
BERLIN N+BRUNNENSTR. 56

Wollburg ist bekannt seit 1895 als Billig!
Wollburg fabriziert nur wirklich fesche Damen-Konfektion!
Wollburg Fabrikate sind also nicht mit minderw. Reklame-Angeboten zu vergleichen!